

### Die ewig Blinden.

Für den wegen unheilbarer Krankheit entlassenen Angestellten der k. k. priv. Porzellanfabriken in Schlagsenwald und Gubau, S a a s u C a j z e l, Wien, 1. Bez., Kämtnerstraße 5, in wöhrer eingegangen:

Richtigstellung des Spendenausweises vom Samstag, den 22. Dezember: Personal der Firma Michael Sternfeld wurde geteilt irrtümlich mit K 20 statt mit K 26 ausgewiesen, demnach waren es K 431863 und nicht wie ausgewiesen K 431263.

Spendenausweis vom Samstag, den 22. Dezember K 431863. Weiters sind uns zugekommen: Künzel K 5, Donnerstag-Gesellschaft vom Gefe Landmann K 14, Ein Teil der Angehörigen der Firma Hermann Wolzelsöhne K 9220, Eine Weihnachtsgabe der Beamtenfamilie einiger Abteilungen der Betriebsrat K 134, Stammgäste Reifenselner K 11, Beamtenschaft der A. G. Union Elektrizitätsgesellschaft, Fabrik Etzlaub K 57, Frieden K 100, Alf. Edm. K 2, B. W. K 10, W. R. K 5, E. C. K 2, Personal der Materialverwaltung XXVI des k. k. Ministerium des Innern, Dr. C. Schwarz, 9. Bez., Wollgasse 3 K 23, Jäger-Kauf K 4, Ein Kaufmann, der sich seiner Kollegen annimmt K 25, Angestellte der Firma S. Etzlaub K 2150, Beamtenschaft des „Kampfs“ Algem. österr. Kreditversicherungs-Vanl. 1. Zentralfond K 5850, A. S., Darmingasse K 1, An den Branger mit allen Ausbeutern K 5, C. S. K 5, Ungenannt K 5, Beamte der Firma Postnandl & Strelitz K 17, Detachement Wöllg. Vanl. „Werker“ K 25, Als Zeichen für die Verachtung für die Ehrenfirma K 30, Ignaz Spielmann K 50, A. Büchel K 2, Eine Demonstration gegen die herrschenden Verhältnisse K 5, Im Dienste erkrankter Verhörsrichter-Beamter „Sie sind für mich ein toter Mann“ K 5, Von einigen Angehörigen der Firma Willi Raunegger, Wien, 1. Bez. K 5, A. H., Ein beschriebenes Christkind für arme Millionäre K 5, Moriz Taylor, Siegfried Joidler, Theresie Juch K 4, Fahr- und Hochrutschdienste des Postamtes K 6, Zimmer mit dem „Wend“ D. K 6, Rosa Pruska K 10, Emanuel Bellina K 10, Richard Pollack K 10, Zulammen K 517823. — Außerdem sind uns weitere Spenden zugekommen, die wir wegen Raummangel in der nächsten Nummer ausweisen werden.

### Pläne gegen die Zeitungen.

Wir haben in der Vorwoche von dem merkwürdigen Plan berichtet, die Zeitungen mit dem Stoffwucherern, die ein Interesse an dem Spinnweben haben, in einem gemeinsamen „Kriegswirtschaftlichen Ausschuss der Papierindustrie“ zu vereinigen. Der Plan ist gefallen. Die Zeitungen werden dem Bereich der Baumwollzentrale unterstellt und erhalten für die Bewirtschaftung ihrer Hilfsmittel eine besondere „Interministerielle Kommission“. Im Kriegswirtschaftlichen Ausschuss des Lagerverwalters sind Donnerstag über die Pläne der Regierung bezüglich dieser Kommission vertrauliche Auskünfte gegeben worden und wir müssen von vorneherein erklären, daß wir die Absichten, die da bekannt geworden sind, ebenso bekämpfen werden, wie den ursprünglichen Plan. Die Regierung will nämlich die Kommission aus Vertretern der beteiligten Ministerien, neben diesen aber aus insgesamt sechs Zeitungsvertretern zusammensetzen, von denen vier, sage und schreibe vier, ernannt und nur zwei von den Zeitungen gewählt werden sollen. Es ist klar, daß die Regierung nur ihr genehme Herren ernennen wird. Ebenso klar ist es, daß die Zeitungen die unbeschränkte Herrschaft von vier Regierungsmännern unter f. i. n. Umständen dulden können. Gewiß gibt es einige, die sich mit diesem Zustand einverstanden erklären können. Das wären die Zeitungen von offener und bester Oligarchie, die seit Jahren gewöhnt sind, von der Regierung wirtschaftlich und politisch gut bedient zu werden. Allein es stehen höhere Interessen auf dem Spiel, als daß die allen diesen Verhältnisse weiter gestültert werden. Es handelt sich um die Unabhängigkeit der demokratischen Presse. Wenn sich für diese Zeitungen zu dem Terror, unter dem sie heute stehen, noch das wirtschaftliche Diktat einer mit Regierungskatastrophen besetzten Kommission stellen sollte, so wäre es ihnen ganz und gar ungenügend. Ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung zu genügen. Sie könnten aus diesem oder jenem Grunde einfach erbrockelt werden. Es würde dann nur noch eine hilfswürdige Presse übrig, die zu allem mißbraucht werden könnte.

Deshalb darf das Parlament nie zugeben, daß die Absicht der Regierung durchgeführt wird. Die interministerielle Kommission wird nur dann Wert haben, wenn sie neben den Regierungsvertretern durchwegs aus Zeitungsleuten besteht, die von den bestehenden Vertretungen der Zeitungen gewählt worden sind. Es müßten etwa zehn Vertrauensleute sein, damit die Interessen aller in Betracht kommenden Zeitungsgattungen Berücksichtigung finden. Es soll nicht ein zweites Mal geschehen, daß eine Zeitungsberatung herauskommt, die auf die Interessen des Angelegten der „Steiermärker“ Blätter oder der „Neuen Freien Presse“ zugeschnitten ist und andere Zeitungen schwer lädelt. Die zu bildende Kommission muß so beschaffen sein, daß sie von niemandem mißbraucht werden kann.

### „Die Zeit“.

Der Generaldirektor des Österreichischen Lloyd Hofrat Frankfurter stellt in einem Brief an uns in Würde, daß er zu den neuen Eigentümern der „Zeit“ gehöre. Wir bedauern diese unseren Lesern zur Kenntnis mit dem Bemerkten, daß der Herr Hofrat eines in Würde steht, was wir nie behauptet haben. Sollte er, dem es doch am leichtesten hätte fallen

müssen, und nicht verstanden haben oder, was wahrscheinlicher ist, nicht verstanden wollen, so sollen wir in Ergänzung unserer ersten Angaben mit, daß Hofrat Frankfurter beim Übergang der „Zeit“ von den gemerkten auf die jetzigen Eigentümer eine tätige Rolle gespielt hat, was er in Anbetracht der Unannehmlichkeiten, die damit verknüpft waren, jedenfalls nicht getan hat, nur um seine Zeit totzuschlagen. Hinter solchen Beschäftigungen liegen sehr bestimmte Interessen zu sehen. Wir können es uns nicht verlagern, unsere Bemerkung vom vorigen Male zu wiederholen, daß uns die Stellung des Generaldirektors eines von der Regierung stark unterstützten Schiffahrtsunternehmens mit beratenden Interventionen unvereinbar erscheint. Herr Hofrat Frankfurter scheint dies selbst zu empfinden, denn er sagt in dem an uns gerichteten Brief, es sei ihm bekannt, daß in Wien unzulässige Gerüchte ihn um dem Bestwechself bei der „Zeit“ in Zusammenhang bringen, weshalb er besonderen Wert darauf lege, diese Gerüchte zu zerstreuen. Der Herr Generaldirektor hätte diesen Gerüchten nicht Nahrung geben sollen. Das ist reichlich geschehen.

### Die Zustände im Postparlaffenamt.

Wir erhalten folgende Mitteilungen: Der Kampf gegen die Zustände im Postparlaffenamt sollte sich mit den Beschwerden über die Arbeitszeit und die Bezahlung der Beamtinnen nicht begnügen. Dem Beamten geht es nämlich nicht besser. Auch soll dem Einwand nicht Geltung gegeben werden, daß die jetzigen Zustände allein auf die Arbeitshäufung infolge des Krieges zurückzuführen sind. Dagegen spricht schon die Tatsache, daß es bereits vor dem Krieg im Postparlaffenamt einmal eine positive Meistersitzung gegeben hat. Es liegt am Spitem. Die Postparlaffen alle möglichst billig arbeiten, was nur durch äußerste Anspannung der Beamtinnen erreicht wird. Die Bevölkerung, die die Postparlaffen als Musteranstalt lobt — in dieser Hinsicht ist sie es tatsächlich — dürfte nie übersehen, daß der glänzende Ruf des Amtes eine böse Schattenseite hat, und zwar die übertriebene Anspannung der Beamtinnen. Als einige Jahre vor dem Krieg ein Teil des Staatsgeldverkehrs (u. a. Auszahlung von Pensionen, Einzahlung von Steuern) der Postparlaffen übertragen wurde, ist dort der Beamtinnenstand nicht wesentlich erhöht worden. Der Staat kam dabei billig davon, die Beamtinnen mußten aber ihre Leistungen vergrößern ohne eine Entschädigung zu erhalten. Sie haben die Mehrarbeit bewältigt, aber auf Kosten ihrer Gesundheit.

Im Krieg haben die Beamtinnen wahrhaft gigantische Leistungen zu leisten gebracht. Als die militärischen Vorgänge im Osten Österreichs die Räumung weiterer Gebiete nötig machten, kam das Bekämpfungsgut massenhaft in die Postparlaffen. Die Beamtinnen arbeiten es auf, obwohl ihre Kräfte durch Eingelieferungen gelichtet waren und neue ungeschulte Kräfte eingestellt werden mußten. Dann kamen die Kriegsarbeiten. Sie gaben eine hüllige Plage. Daneben lief der alte Verkehr, ins Ungeheure vergrößert, durch die Geldüberweisungen des Militärs. Es scheint aber, daß die Postparlaffen jetzt an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Es geht so nicht weiter, auch wenn die Angestellten mit einigen Überstunden und Verzicht auf Feiertage und Urlaub arbeiten. Einen Beweis dafür liefern die Zustände im Rückzahlungsbüro und diesem im ganzen Amt betroffenen Meuniger-Zimmer.

Das Rückzahlungsbüro ist jene Abteilung, in der die Auszahlung durch die Postämter geprüft werden. Wenn ein Kontoinhaber durch die Postparlaffen eine Zahlung an einen Nicht-Kontoinhaber anweist, so erfolgt die Auszahlung durch ein Postamt. Dieses muß die Quittung über die erfolgte Zahlung an die Postparlaffen einleiden, damit diese prüfen kann, ob die Zahlung auch richtig erfolgte. Die Prüfung besorgt das genannte Bureau, die dort arbeitenden Beamtinnen und Beamtinnen sind aber so überhäuft, daß heute im Rückzahlungsbüro bereits Rückstände von mehreren Monaten aufgelaufen sind. Das unangenehme Material füllt die zuhause in wirtum Durcheinander das Meuniger-Zimmer. Trifft eine Reklamation ein, so muß ein Beamter auf dem Boden rutschend fundenlang in dem wüsten Durcheinander nach der betreffenden Quittung suchen. Das sind wirklich unwürdige Zustände.

Es geht so nicht weiter. Es müssen neue Beamte in das Amt, auch Schreib- und Rechenmaschinen, an denen es ebenfalls mangelt. Schließlich verlangen die Beamtinnen Zulagen von Lebensmitteln. Darauf haben sie wie die Munitionsarbeiter Anspruch, die sie in gemäßigtem Sinne auch finden.

### Die armen Bierbrauer.

Wie die Brauerei „Cambrinus“ berichtet, fand am 10. d. M. die Jahresversammlung der Erste Grazzer Aktienbrauerei vorm. Franz Schreier u. Söhne in Graz-Puntigam statt. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß durch die so überaus mihlliche Verhältnisse in der Brauperiode 1916/17, einem Braujahre, wie keines vorher zu vergleichen war, die Biererzeugung auf 46334 Hektoliter sank. Erstreckungsweise sind aber die Aktionäre trotzdem noch nicht auf die öffentlichen Verhältnisse eingewiesen. Die so überaus mihllichen Verhältnisse, einigermassen gemildert durch die zwöl-

mäßig hinaufgeleiteten Preise, gestatten eine Dividende von 70 Kronen = 7 v. H., die höchst, die überhaupt bisher bezahlt wurde.

### Aus Deutschland.

Wir erhalten von einem jetzt in Passau lebenden Wiener folgenden Schreiben:

Es ist doch etwas Eigenartiges um die deutsche Organisation. Als ich noch in Wien war, sprach man davon, daß in Deutschland Hungersnot herrsche. Aber ich möchte sehr gerne einmal einige sehr vermehrte Menschen hierher führen, um ihnen zu zeigen, daß man sich hier in Passau für K 2 nach Verzenssheit kann lassen. Dabei ist das Essen von bester Beschaffenheit und wenn man beschidenen ist, kann man auch für K 1.50 schon sehr gut essen. Sind dies nicht Idealzustände im vierzigsten Monat des Krieges? Im Lande der Barbaren!

Die kurze Skizze des Architekten Nagel im „Abend“ hat mich sehr interessiert. Ein Gulach für K 4.50. Ein Wirt, der sich hier in Passau Derartiges erlaube, dem würde das Lokal demoliert.

### Bilder vom Jugendgericht.

Alle sind joud an alle m. Dostojewsky.

Vier Kinder bilden seit Monaten eine Diebsbande. Die Führerin der Bande ist eine Dreizehnjährige, ein kleines, schwächliches Mädchen mit blonden Zöpfchen um den Kopf gelegt. Dieses Kind ist in einer Weise verwahrloht, daß es grauen-erregend ist. Es liegen so viele und so schwere Anzeigen gegen sie vor, daß die Sache dem Landesgericht abgegeben werden mußte. Die Dreizehnjährige hat keine Freunde, haben mit elf und zwölf Jahren; die nimmt sie auf ihren Raubzügen mit; oft verbrachten die Kinder die Nächte im Freien und kamen dann vollbeladen mit Hosen, Hüften, Säcken mit Weizen und Korn, Pfäumen heim. Der eine Zwölfjährige wurde zu fünf Tagen Arrest verurteilt.

Ein zwölfjähriger Knabe erbricht eine Wertheim-Kasse und nimmt Geldbeträge über tausend Kronen an sich. Er beschließt seinen Oberlehrer, der gut und freundlich mit ihm ist. Es ist ein seelisch schwer krankes Kind. Er sagt, daß er nach der Tat nichts nicht schlafen konnte, daß das Gewissen ihn nicht hätte ruhen lassen. Aber doch schick er wieder in die Kasse des Oberlehrers und nahm eine Geige, die er gleich verkauft. Das Geld hat er bernaht und für Spielzeug ausgegeben; ein Teil wurde ihm gestohlen. Der Oberlehrer hat ihm alles verziehen. Das Kind, das nach dem Diebstahl des helfsbaggeligen Knaben schwer erlich belacht ist, wurde freigesprochen.

Zwei Zwölfjährige hatten in Gemeinschaft das Drucken des einen, eines behauptungsmäßiglichen: Burische, wiederholt große Geldbeträge gestohlen. Der Burische recht hinterlistig; aus Abgemagert bis auf die Knochen, das Gesicht leichenhaft gelb; die Stimme heiser. Er ist lungenkrank und hat ein unheilbares Magenleiden. An den Füssen hat er zerfahrene Schuhe, um den Leib schließt ihm ein leichter, dünner Sommerrock. Er weint und schreit sich die schmerzigen Hände ins Gesicht. Er zeigt sich, daß der Straffall schon einmal vor dem Landesgericht verhandelt wurde und dort der Burische zu dreizehn Monaten fester verurteilt wurde, die er auch verbüßt hat. Wie sich nachträglich herausstellte, hatte er das Vergehen der Zwölfjährigen auf sich genommen; „Schickt mich alles auf mich, ich muß ohnehin sterben“, hatte er zu ihnen gesagt; und sie hatten alles auf ihn geschoben.

Ein fünfzehnjähriger Schlofferlehrling ist mit seinem dreizehnjährigen Schwager und kindlichen Meister gekommen. Die Eltern des Burischen leben auf dem Lande, der Vater als Scherzführer, die Mutter als Tagelöhnerin. Der Burische hat am helllichten Tage ein Geschäft mit einem Dietrich zu öffnen versucht. Zwei Männer haben ihn beobachtet und der Polizei übergeben.

Man sieht deutlich, daß eine verbrecherische Veranlagung vorliegt, denn, obwohl es die Zeugen vollkommen bemerken, daß er einen Dietrich benötigt, leugnet der Burische, läßt dem Richter ins Gesicht und redet sich in kindischer Weise aus. Als er zu vierundzwanzig Stunden Arrest verurteilt wird, bricht der alte Meister in Tränen aus und hinter ihm den gestohlenen Händen den Richter, seinem Lehrling die Entlastung zu schenken, bei ihm habe er sich, seit er dort ist — einhalb Jahre — nicht das geringste zuschulden kommen lassen.

Es ist dies nur ein kleiner Teil der Fälle, die an einem Vormittag zur Verhandlung kommen. Wir haben gegenwärtig einige tausend verurteilte Kinder in Wien, die den Reim des Verbrechens in sich tragen. Die Herren Volksvertreter und die anderen Herren, die das neue Jugendfürsorgegesetz mögen (darunter Justizminister — was versteht allerdings ein Jurist von verurteilten Kindern? —), werden dringend gebeten, sich zu beeilen! Denn in ein paar Jahren werden die Kinder, deren ganze Heilung heute in kurzen Arreststrafen besteht, herangewachsen sein, und der Justiztarif, den sie in sich tragen, wird sich verbreitet haben. (Der Jugendrichter und der Gerichtsrat werden es auf ihrer Erziehung bestätigen, daß jedes kriminell veranlagte Kind einen Teil der Anstaltung, genau wie bei Straftaten des Adorpro, bildet.)

Wenn nicht bald eine weitgehende Sorge von Seiten der Herren, die damit be-  
traut sind, getroffen wird, stehen wir vor einer Verbrechergeneration, von der gar nicht abzusehen ist, was sie alles anrichten wird.  
E. E. Feldmann.